

ablehnt und in der die Spielregeln der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie geachtet werden.⁽²⁾ Bereits die Schaffung solch einer bürgerlich-demokratischen Ordnung wäre ein gewaltiger Erfolg der Arbeiterklasse und aller Friedenskräfte.

Davon ausgehend nahm in den Seminaren die Diskussion über das Verhältnis zwischen Friedenskampf und Kampf für die Demokratie in Westdeutschland einen breiten Raum ein. Zwischen beidem besteht ein enger Zusammenhang. Die Kriegsvorbereitungen der herrschenden Kreise Westdeutschlands waren und sind mit dem Abbau der demokratischen Rechte und Freiheiten verbunden. Die Wiederherstellung dieser Rechte und Freiheiten gibt allen Friedenskräften die Möglichkeit, ihren Willen und Protest gegen die Kriegspolitik des Adenauer-Regimes zu bekunden und durchzusetzen. Dagegen wird der Kampf für den Frieden zu einer Phrase, wenn er nicht mit dem Kampf gegen das klerikal-militaristische Adenauer-Regime verbunden ist.

Was muß in Westdeutschland geändert werden, um dort solch eine bürgerlich-demokratische Ordnung zu schaffen, wurde von Genossen gefragt. Als Sprecher der friedliebenden Kräfte Westdeutschlands hat die Kommunistische Partei Deutschlands kürzlich dargelegt, wie der Kampf um die Erneuerung der Demokratie in Westdeutschland geführt werden muß. Sie sagt in ihrem Beschluß der Parteidelegiertenkonferenz deutlich, daß heute die Verteidigung der Demokratie, der noch verbliebenen demokratischen Rechte nicht mehr ausreicht, sondern die Notwendigkeit besteht, für eine allgemeine Demokratisierung des Lebens einzutreten. Das Recht des Volkes zur demokratischen Entscheidung über die Lebensfrage Krieg oder Frieden muß wiederhergestellt werden; unbedingt ist die Tätigkeit der Parlamente, besonders des Bundestages, vom Einfluß der Monopole zu befreien; die Mittel der Meinungsbildung, die zur Irreführung der Massen verwendet werden, sind dem direkten Einfluß der Monopole zu entziehen; vor allem ist die Legalität der

KPD im Interesse der demokratischen Entwicklung und der Wiedervereinigung Deutschlands wiederherzustellen, weil nur dann die Friedenskräfte auch in Westdeutschland zu den bestimmenden werden können. Das sind einige der wichtigsten Forderungen im Kampf um die Erneuerung der Demokratie in Westdeutschland.

Auf Grund der marxistisch-leninistischen Analyse des modernen Kapitalismus wird im Beschluß der KPD-Delegiertenkonferenz auch mit aller Klarheit zum Ausdruck gebracht, daß der Kampf um den Frieden und die Demokratie eine Einschränkung, eine Zurückdrängung der Macht der Monopole erfordert, um sie daran zu hindern, ihre absolute Herrschaft über das gesamte Wirtschaftsleben und das gesamte politische Leben aufrechtzuerhalten. Folgende hauptsächlich sozialökonomische Umgestaltungen hält die KPD deshalb für erforderlich: Die aggressiven Monopole, die Hauptträger der atomaren Aufrüstung und der Atomkriegspolitik, die Deutsche Bank, die Elektrokonzerne Siemens und AEG, der Flickkonzern und die Nachfolgegesellschaften der IG-Farben sind in öffentliche Hand zu überführen. Mitbestimmung der Betriebsräte und der Gewerkschaft in allen Fragen der Produktion, einschließlich der Investitionen, Durchführung der auch in Westdeutschland seit über 100 Jahren auf der Tagesordnung stehenden Agrarreform, Schutz der kleinen und mittleren Produzenten, des Mittelstandes, des Handwerks, der kleinen und mittleren Unternehmungen vor dem Druck und der Ausnutzung durch die großen Monopole.

All das sind allgemein demokratische Forderungen, die nur im Ergebnis von Veränderungen in den wichtigsten politischen Institutionen Westdeutschlands, hauptsächlich im Bundestag und in der Bundesregierung, realisiert werden können. Mit dem Kampf um diese Forderungen, in denen sich die allgemein-demokratischen Bewegungen keineswegs erschöpfen, beginnt der Kampf um die politische Wende in der Westzone. Es sind allgemein demokratische Forderungen, weil sie antimilitaristisch und antiimpe-

²⁾ Der Deutschlandplan des Volkes „Einheit“, Heft 5/60, Seite 798